

«WEITERENTWICKELN STATT ABSCHAFFEN»

WWW.WEITERENTWICKELN-SPF.CH

«NEIN» zur Abschaffung der Schulpflege – 17. Mai 2020

Schulleitung

Gemeinderat

Volk

SCHULPFLEGE

Eltern

Schule

Kinder &
Jugendliche

Lehrpersonen

BKS
Departement Bildung,
Kultur und Sport



**Der Verband Aargauischer
Schulpflegepräsidentinnen und –präsidenten
(VASP) kämpft für den Erhalt der Schulpflegen im Aargau
aus folgenden Gründen:**

1) MEHRKOSTEN OHNE MEHRWERT

Der Plan des Regierungsrates führt zu jährlichen Mehrkosten für die Gemeinden (für Schulkommissionen, die Erhöhung der Schulleitungspensen, den erhöhten Verwaltungsaufwand ...), für welche es keine finanzielle Unterstützung vom Kanton gibt.

Diese Massnahme bringt den Schulen, Lehrpersonen und den Schülerinnen und Schülern absolut keinen Mehrwert.

2) VON MILIZBEHÖRDE ZU MILIZBEHÖRDE

Heute wird die Volksschule im Aargau von einer Milizbehörde – der Schulpflege – geleitet, welche ausschliesslich dem Wohl der Schule verpflichtet ist. In Zukunft soll nun eine andere Milizbehörde – der Gemeinderat – sich nebenher auch noch etwas mit der Schule beschäftigen.

3) DEMOKRATIEABBAU

Die Schulpflege kümmert sich seit 1835 um das Wohl der Schulen und um die Chancengleichheit aller Schülerinnen und Schüler. Seit damals darf die Aargauer Bevölkerung ihre Schulpflege selbst wählen. Wir wollen, dass dieses in der Aargauer Verfassung festgeschriebene Recht auch in Zukunft erhalten bleibt.

4) «LOBBY» DER SCHULE, DER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER

Die Schulpflege war und ist bisher die einzige vom Volk legitimierte Behörde, die sich ausschliesslich um das Wohl der Schule kümmert und die Interessen des Stimmvolkes vertritt. Wird sie abgeschafft, so betreibt in Zukunft der Gemeinderat Schulpolitik, dadurch wird die Schule «verpolitisiert».

5) GEFÄHRLICHE MACHTKONZENTRATION

Die Abschaffung der Schulpflege kann zu einer gefährlichen Machtkonzentration führen. Sei dies auf Ebene Gemeinderat oder Schulleitung. Dadurch wird eine einseitige oder gar voreingenommene und abhängige Interessenabwägung gefördert. Die Finanzinteressen werden höher gewichtet als die Bildungsinteressen.

6) SCHULPFLEGE WEITERENTWICKELN STATT ABSCHAFFEN!

Der VASP fordert seit 8 Jahren vom Kanton eine klare, gesetzlich geregelte Kompetenzordnung zwischen Schulleitungen und Schulpflegen, ein Antragsrecht an Gemeinde- oder Einwohnerratsversammlungen sowie Globalbudgets für die Volksschulen. Diese Massnahmen hätten, so wie dies nun plötzlich mit dem Delegationsrecht des Gemeinderates möglich sein soll, längst einfach und rasch umgesetzt werden können. Globalbudgets etwa wurden in Pilotgemeinden sehr erfolgreich eingeführt. Mit diesen Massnahmen würden Schulleitungen und Schulpflegen gestärkt für die Herausforderungen der Zukunft.

**Stärkung der Schule vor Ort verlangt, dass die Schulpflegen nicht abgeschafft,
sondern weiterentwickelt werden müssen!**